



Wortprotokollauszug der 18. Sitzung

Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung

Berlin, den 25. Februar 2026, 14:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Sitzungssaal: PLH E.600

Vorsitz: Hansjörg Durz, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 - öffentlich - Seite 03

Bericht der Bundesregierung zum Stand
des PIN-Rücksetzdienstes

Selbstbefassung

Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich - Seite 11

Bericht der Bundesregierung zum aktuellen
Umsetzungsstand des Deutschland-Stacks

Selbstbefassung



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Durz, Hansjörg Ebmeyer, Joachim Hoppermann, Franziska Körner, Dr. Konrad Pauls, Dr. Thomas Plum, Dr. Martin Reichel, Dr. Markus Schmidt, Henri Schulz, Marvin	Biadacz, Marc Dorn, Dr. Florian Ernst, Bastian Henrichmann, Marc Hoppenstedt, Dr. Hendrik Kemmer, Ronja Pilsinger, Dr. Stephan Pohlmann, Jan-Wilhelm Santos-Wintz, Catarina dos Steiniger, Johannes
AfD	Arpaschi, Alexander Ebenberger, Tobias Haise, Lars Jünger, Robin Maack, Sebastian Naujok, Edgar Rupp, Ruben	Fehre, Micha Gläser, Ronald Janich, Steffen Kaufmann, Dr. Michael König, Jörn Ladzinski, Thomas Storch, Beatrix von
SPD	Bettermann, Daniel Marvi, Parsa Mieves, Matthias David Schätzl, Johannes Wagner, Dr. Carolin Wallstein, Maja	Faeser, Nancy Gerster, Martin Mann, Holger Troff-Schaffarzyk, Anja Walter, Daniel Zorn, Armand
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Dillschneider, Jeanne Heuberger, Dr. Moritz Lenhard, Rebecca Lührmann, Dr. Anna	Bär, Karl Brantner, Dr. Franziska Broßart, Victoria Stein, Sandra
Die Linke	Bremer, Anne-Mieke Lemke, Sonja Vogtschmidt, Donata	Achelwilm, Doris Bünger, Clara Ince, Cem



Tagesordnungspunkt 1 - öffentlich -

Bericht der Bundesregierung zum Stand des PIN-Rücksetzdienstes

Selbstbefassung

Der **Vorsitzende**: Dann kommen wir zu unserem öffentlichen Teil der Sitzung. Ich darf den öffentlichen Teil des Ausschusses für Digitales und Staatsmodernisierung eröffnen. Hiermit startet das Ausschusssekretariat die Live-Übertragung. Wie immer weise ich die Besucherinnen und Besucher darauf hin, dass das Fertigen von Ton- und Bildaufnahmen während der Sitzung nicht zulässig ist und entsprechende Konsequenzen folgen können, wenn dem nicht entsprochen wird. Wir steigen mit Tagesordnungspunkt 1 ein. Wir haben mit Debatte vereinbart. Ich darf dazu unsere Gäste, den Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Jarzombek, Frau Christina Decker, Leitung der Abteilung „Deutschland-Stack“ und Herrn Carsten Rosche vom Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) begrüßen. Herzlich willkommen. Wir starten mit dem Eingangsstatement des Parlamentarischen Staatssekretärs, bitte.

PStS Thomas Jarzombek (BMDS): Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich heute zu sagen, dass Christina Decker auch mit an Bord ist. Sie ist nicht mehr ganz neu, aber noch relativ frisch Abteilungsleiterin für den Deutschland-Stack. Sie verantwortet damit beide Tagesordnungspunkte, zu denen wir debattieren werden. Fangen wir hier an. Das Thema dieses Tagesordnungspunktes ist der Onlineausweis. Der hat eine lange Geschichte hinter sich. Am Anfang ist der Onlineausweis so konzipiert worden, dass man explizit zustimmen musste. Das war ein ziemlicher Dealbreaker. Das haben nur wenige Leute gemacht. Die Penetration war marginal. Es gab, glaube ich, im Jahr 2017 die Initiative, wo unter anderem ein junger Abgeordneter – ich weiß wer das war – dafür gekämpft hat, aus einem Opt-In ein Opt-Out zu machen. Das hat zumindest dafür gesorgt, dass die Verbreitung deutlich gestiegen ist. Wir haben allerdings nach wie vor eine geringe Nutzung, wobei sie gestiegen ist. Wir haben im letzten D21 eGovernment-MONITOR die Zahl gesehen, dass ungefähr ein Viertel der Deutschen die elektronische Ausweisfunktion nutzt. Das ist gut. Das liegt sicherlich auch daran, dass

es zunehmend Angebote von Dritten gibt, die darauf aufsetzen, wenn man sich beispielsweise für Konten anmeldet oder Handyverträge aktivieren will. Man kann im Verfahren von Postident den langatmigen Videoprozess durch den elektronischen Ausweis schnell und einfach umgehen. Deshalb kann ich allen, die das sehen, sagen, dass es eine sehr empfehlenswerte Funktion zu nutzen ist. Das Problem ist, dass aufgrund der wenigen Nutzung viele Nutzerinnen und Nutzer vielleicht nicht genau wissen, was für eine App man braucht, wie das funktioniert und was die eigene PIN ist. Deshalb hat der PIN-Rücksetzdienst in einer gewissen Zeit von 2022 bis 2024 per Brief für die Nutzerinnen und Nutzer ermöglicht, den PIN kostenfrei zurückzusetzen. Das war allerdings ein sehr kostenintensives Verfahren, wie man sich vorstellen kann. Daraufhin wurde im Jahre 2024 aufgrund der Haushaltslage noch von der alten Regierung dieser Dienst nicht mehr angeboten. Es gab dann ein sehr langes Verfahren, wie man damit umgeht, was aber nicht zum Erfolg geführt hat. Wir haben im letzten Jahr im Rahmen der Zuständigkeit des Bundesministeriums des Innern (BMI) beim Verordnungsentwurf mit dem Bundesrat darüber diskutiert, ob man die PIN-Rücksetzung gegen eine Gebühr von 13,33 Euro ermöglichen kann. Das ist eine sehr präzise bemessene Zahl, damit keine Eindrücke von Willkür entstehen. Nichtsdestotrotz hat das Ganze im Bundesrat keine Mehrheit gefunden. Der Grund ist, dass die Kommunen die Sorge haben, wenn man es bezahlen muss, im Gegensatz zu dem kostenlosen Vorsprechen im Bürgeramt, dass das zu einem Run auf die Bürgerämter führen würde. Das ist die Situation, in der wir jetzt sind. Wir starten zum 2. Januar des nächsten Jahres mit unserer EUDI-Wallet. Sie wird das Problem ein ganzes Stück weit lösen, weil wir über 100 Partner aus der Wirtschaft haben, die Use Cases auf unserer Wallet bauen werden. Das soll ein täglicher Begleiter werden, sodass Menschen durch die ständige Benutzung nicht mehr in die Lage kommen, regelmäßig ihre PIN zu vergessen. Wir haben allerdings die Aufgabe, dass wir alle Menschen auf die Wallet onboarden müssen. Insofern ist die Überlegung bei uns im Haus, interimistisch eine Lösung bereitzustellen, mit der man im Zweifelsfall kostenfrei seinen PIN zurücksetzen kann, um sich für diese Wallet zu akkreditieren. Ich finde es wichtig, dass weitere Merkmale hinterlegt werden,



dass wir ein Verfahren wählen, was zur letzten postalischen Rücksetzung führt. Wir schauen, ob es reine Online-Verfahren gibt, mit denen man gegebenenfalls zurücksetzen kann, oder ob man beispielsweise auch über andere Medien Zwei-Faktor-Authentifizierung machen kann, wie man das von kommerziellen Angeboten kennt. Wir führen intensive Gespräche mit der Sparkassengruppe. Dort gibt es möglicherweise Kooperationsmöglichkeiten, um Dinge zu vereinfachen. Das ist allerdings alles noch in einem Arbeitsstadium und nicht abgeschlossen. Nichtsdestotrotz ist es für uns wichtig, viele Leute für das neue System zu onboarden. Deshalb genießt das ganze Verfahren bei uns im Haus hohe Priorität.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für die Einführung. Dann starten wir mit der Debattenrunde. Es beginnt für die CDU/CSU-Fraktion Dr. Markus Reichel.

Abg. **Dr. Markus Reichel** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Darstellung. Sie haben herausgearbeitet, dass der Online-Rücksetzdienst de facto das Eintrittstor für den Erfolg der EUDI-Wallet ist, da wir das mindestens einmal für das Onboarding benötigen. Sie haben auch den derzeitigen Stand der Verbreitung dargestellt, dass eben über zwei Jahre de facto gar kein kostenloses Verfahren zur Verfügung stand, mit der Ausnahme, dass man ins Bürgerbüro gegangen ist. Das ist in Anbetracht der Zuständigkeitsfragen, die noch innerhalb der alten und neuen Bundesregierung zu klären waren, verständlich, aber für den Gesamtprozess insgesamt nicht zufriedenstellend. Jetzt gab es einen Maßgebungsbeschluss des Haushaltsausschusses, in dem die Thematik aufgeführt wurde. Dort wurde explizit das Thema des Onlineverfahrens thematisiert. Damit war der explizite Wunsch verbunden, das Onlineverfahren zeitnah zur Verfügung zu stellen. Deswegen würde ich gerne nachfragen, wie wir in den nächsten Monaten diesen Prozess konkretisieren können. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass diese Situation mit diesem Steinzeitverfahren, postalisch, kostenlos, nicht für 13,33 Euro Schnäppchenpreis, nicht das ist, was wir wollen. Wir haben nur zwei Varianten, entweder wir nutzen das Onlineverfahren oder systematisch die Bürgerämter. Wie kommen wir bei diesem Onlineverfahren weiter?

PSSt **Thomas Jarzombek** (BMDS):

Ich würde das Wort an Frau Decker weitergeben.

Christina Decker (BMDS): Genau, gerne. Das ist vollkommen berechtigt, wenn ich alles unterstreichen darf, was Sie gesagt haben. Wir haben ein Problem, und das ist das Europarecht. Nach der Vorgabe der eIDAS ist es so, dass man irgendwann das Gesicht sehen muss. Deswegen haben wir den Briefträger, der klingelt oder, wenn er nicht angekommen ist, das in der Postfiliale lässt, damit man den Nutzer optisch wahrnehmen kann. Zum Bürgeramt kann ich gleich noch etwas sagen. Das heißt, wir sind am EU-Recht dran. Wir bräuchten eine Änderung, um das zu gewährleisten. Wir können es über die Wallet machen. Das ist die Henne-und-Ei-Problematik. Wir haben die Wallet für den PIN und wir brauchen den PIN für die Wallet. Das ist aber etwas, was wir andenken, und die Banken, wie schon gesagt wurde, die sind ein gutes Einfallstor. Ich will für das Bürgeramt werben. Die Uhrzeiten sind das Problem. Man muss es schaffen, zwischen 07:00 Uhr und 15:00 Uhr hinzugehen. Man braucht aber keinen Termin. Man geht dahin, wo die Dokumente ausgegeben werden. Eine PIN einzugeben, das geht in zwei Minuten. Ich würde sowieso davon ausgehen, dass alle hier ihre PIN wissen und die Onlineausweisfunktion aktiviert haben.

Abg. **Dr. Markus Reichel** (CDU/CSU): Wir haben dieses Thema, auch mit dem Onlineverfahren, nicht zum ersten Mal. Insofern ist diese Problematik nicht neu. Die Tatsache, dass wir Bankverfahren plus physischer Karte nutzen können und dass das notifiziert werden muss, ist schon seit längerem bekannt. Jetzt wissen wir, wo wir stehen. Deswegen kann ich an der Stelle die dringende Bitte äußern, dass wir diese beiden Verfahren konkretisieren. Wir brauchen das. Sie haben das mit den Bürgerämtern schon angesprochen. Das ist eine kommunikative Aufgabe, die dem BMDS teilweise anheim kommt, und die sich in die Gesamtkommunikation um die EUDI-Wallet einbettet. Momentan gehe ich nicht davon aus, dass man, wenn man zum Bürgeramt geht, bei der Gelegenheit gefragt wird, ob man seinen Online-PIN hat. Ich sehe keinen Ansatz, um das kommunikativ voranzubringen. Vielleicht sehe ich ihn nur nicht und Sie haben ihn. Ich glaube, dass die Bürgerämter an dieser Stelle der zweite Schlüssel



zum Erfolg sind. Daher bitte ich Sie, meine Frage, wie Sie das adressieren werden, zu beantworten.

Christina Decker (BMDS): Ich nehme das als Anregung gerne mit. In der Tat wird man nicht darauf angesprochen, dass man das machen sollte. So schnell wie das geht, ist das ein guter Punkt, das einmal mitzunehmen. Kommunikativ versuchen wir sehr viel. Wir gehen raus, mit unserer Präsentation, wo wir alle Beteiligten darauf hinweisen, was sie tun müssen, um an der EUDI-Wallet partizipieren zu können. In diesem Fall ist es der Bürger, der auch etwas tun muss, um die Wallet nutzen zu können. Insoweit ist es aber genau der richtige Hinweis – versuchen wir. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Als nächstes Herr Ebenberger für die AfD-Fraktion.

Abg. **Tobias Ebenberger** (AfD): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe den Gedanken, dass es grundsätzlich gut ist, auch im digitalen Raum sicherzustellen, dass derjenige, der Dienste nutzt, auch derjenige ist, der sie nutzen darf. Insofern war der PIN-Rücksetz- und Aktivierungsdienst, wie Sie es sagten, schon zwei Jahre lang im Dienst. Damals hieß es laut der Bundesdruckerei, dass das Ganze round about 15 bis 20 Euro kosten sollte, und wurde über Steuergelder finanziert. Das Ganze wurde innerhalb dieser zwei Jahre zwei Millionen Mal genutzt. Sie, Herr Jarzombek, sagten gerade, die Penetration sei marginal. Jetzt arbeiten Sie mit über 100 Partnern zusammen, die das Ganze von allen Seiten forcieren sollen. Mit welchen Zahlen rechnen Sie bei der EUDI-Wallet? Wie viele werden das Ihren Berechnungen zufolge nutzen, damit das Sinn ergibt?

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Als ich gesagt habe, dass die Penetration marginal war, bezog ich mich auf die Phase, wo man bei der Beantragung des Ausweises das erstmal explizit anfordern musste. Das war ein Dealbreaker. Dann wurde das im Jahr 2017 dahin umgestellt, dass man dem explizit widersprechen musste. Die Erfahrung ist, dass sich die Marktpenetration deutlich verändert hat. Jetzt müssen wir schauen, dass die Leute es nutzen. Was unsere Wallet betrifft, haben wir eine Menge Use Cases, die es am Ende gibt. Ich will einen beschreiben, der ziemlich greifbar ist. Im Lebensmitteleinzelhandel gibt es überall Self-Checkout-Kassen. Wenn man ein alkoholisches

Getränk im Warenkorb hat, muss jedes Mal jemand kommen, um das Alter zu bestätigen. Deshalb gibt es allein im Lebensmitteleinzelhandel von den verschiedenen Anbietern ein sehr großes Interesse daran, die Wallet dafür nutzbar zu machen. Das wäre eine Anwendung, die man dann jeden Tag nutzen würde. Es gibt unendlich viele weitere Anwendungen. Der Vorteil der EUDI-Wallet ist auch, dass der Wallet-Herausgeber kein kommerzielles Interesse an der Datenverarbeitung hat. Wir haben kein Interesse, Profile zu bauen und Daten zu sammeln und damit anschließend irgendjemandem irgendetwas zu verkaufen. Das führt dazu, dass es ein hohes Interesse gibt, weil viele Unternehmen auch sagen, dass das eine neutrale und faire Plattform ist, die nicht später die Kunden von uns abgreifen will. Ich kann Ihnen heute nicht sagen, wie groß die Marktdurchdringung sein wird. Das zu sagen, wäre unseriös. Wir sehen aber, dass heute schon ein Viertel den Online-Personalausweis hat. Die wesentlichen Funktionen, die ihn triggern, sind neben den amtlichen, sehr seltenen Fällen, vor allem das Thema Handyverträge und das Thema Kontoeröffnung. Wenn wir 100 Use Cases drauflegen, wird es deutlich mehr werden. Das wird auch ein Ramp up sein. Wir werden dann das Produkt auch entwickeln. Wie jedes Online-Produkt, wird das über die Phasen entwickelt. Es werden mehr Anwendungen dazukommen. Es werden mit einem gewissen zeitlichen Abstand weitere Wallets aller Voraussicht nach dazukommen. Es wird Anbieter geben, die die Wallet integrieren. Wir planen die Bürger-App, wo die Wallet eine Integration sein wird.

Abg. **Tobias Ebenberger** (AfD): Vielen lieben Dank an der Stelle. Ich hätte noch eine Frage, deswegen muss ich die Zeit im Blick haben.

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Es werden deutlich mehr Nutzungen sein als das, was wir bisher sehen.

Abg. **Tobias Ebenberger** (AfD): Vielen lieben Dank. Sie sagten, es wäre unattraktiv für die Nutzer, für die Bürger, das Ganze einzusteuern, wenn sie bei jedem vergessenen PIN zahlen müssen. Wer soll das am Ende zahlen? Von welchen Mitteln soll das übernommen werden? Sie sprachen von der Zusammenarbeit mit Sparkassen, was gegebenenfalls die Authentifizierung der nutzenden Bürger betrifft. Haben Sie da schon einen konkre-



ten Plan? Wie soll das Ganze aussehen? Soll es Terminals in den Filialen geben? Können die Leute sich dort ausweisen? Wie läuft das?

PStS Thomas Jarzombek (BMDS): Der Maßgebungsbeschluss des Haushaltsausschusses ist für uns die Richtschnur. Das bedeutet, dass wir uns sehr stark darauf konzentrieren, ein volldigitales Verfahren zu machen. Wenn künftig die PIN vergessen werden sollte, hat das für uns absolute Priorität. Dass man gegebenenfalls einmal noch über die Brücke gehen muss und einen Brief schreiben muss, kann ein Ergebnis sein. Sie haben sehr früh gefragt, wir sind heute im Februar. Wir starten mit der Wallet im Januar nächsten Jahres. Wir stehen gerade mitten im Arbeitsprozess. Deshalb kommt das, was ich Ihnen hier sagen kann, sozusagen aus der Werkstatt. Es gibt Interesse seitens der Sparkassengruppe, sich einzubringen. Wie genau sie das technisch umsetzen wollen, wird ein Thema der Sparkassengruppe sein. Es gibt ein gewisses Interesse daran. Ob das die Option sein wird, müssen wir noch diskutieren.

Abg. **Tobias Ebenberger (AfD):** Vielen Dank.

Der **Vorsitzende:** Dankeschön. Als nächstes für die SPD-Fraktion, Parsa Marvi, bitte.

Abg. **Parsa Marvi (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hoffe, dass wir nicht mehr so oft im Ausschuss über dieses Thema reden müssen, sondern dass es irgendwann gelöst ist. Unser Interesse ist es, wie Kollege Dr. Reichel es gesagt hat, dass wir dieses Thema möglichst digital, unter Wahrung der europarechtlichen Vorgaben, gelöst bekommen. Das mit dem Bürgeramt ist hoffentlich nicht die Zukunft. Obwohl Präsenztermine immer schön sind, sind sie in diesem Fall nicht so schön. Sie sagen, dass ungefähr 25 Prozent die Online-Ausweisfunktion haben. Spiegelt das in hohem Maße die Zahl derer, die das auch aktiv nutzen? Oder hat man ein Gefühl dafür, wie viele davon das irgendwann einmal beantragt haben, aber möglicherweise die PIN nicht mehr kennen und zum Start der EUDI-Wallet genau in diese Schleife kommen? Haben Sie eine Idee, wie man das für diejenigen, die die Wallet haben wollen und dann die PIN beantragen, kommunikativ begleiten kann, falls wir bis dahin mit diesem einfachen Prozess nicht fertig sind, dass man diese PIN bloß nicht vergessen soll?

PStS Thomas Jarzombek (BMDS): Das Schöne an der PIN ist, das kann ich nur aus dem Selbstversuch sagen, dass man sie sich selbst aussuchen kann. Ich habe für mich eine PIN ausgewählt, an die ich mich noch erinnern kann. Das macht das Leben leichter als sich eine abstrakte PIN zu merken. Ich brauche hier keine allgemeinen Hinweise zu geben, wie man sichere Passwörter definiert. Es wird aber jedem eine Zahlenkombination einfallen, die nicht offensichtlich ist und nicht irgendwie das Geburtsdatum des Hundes ist. Es gibt 62 Millionen Ausweise in Deutschland. Man kann bewusst sagen, dass man diese Funktionalität nicht haben möchte. Wir haben keine Zahl parat, wie viele davon tatsächlich aktiv nutzbar wären oder wo die Funktion aktiviert ist, weil es Hoheit des BMI ist. Wir vermuten, dass es die allermeisten sind. 25 Prozent ist eine Zahl, die von der Initiative D21 aus dem eGovernment MONITOR extern erhoben wurde. Es ist die letzte Erhebung, die mir bekannt ist. Deshalb habe ich mich darauf bezogen. Dort wurde, glaube ich, das müsste man nochmal genau nachschauen, gefragt: „Haben Sie die Online-Funktion schon genutzt, beziehungsweise nutzen Sie sie?“

Abg. **Parsa Marvi (SPD):** Wie sicher sind Sie sich, dass wir in diesem Jahr zu einer Lösung kommen? Sie haben gesagt, dass das hohe Priorität hat, vor Start der EUDI-Wallet. Gibt es dann irgendwann Ende des Jahres einen Backup-Plan für den Fall, dass es nicht pünktlich kommt und kompliziert ist, sodass man zum Start der Wallet eine Kommunikation zur PIN verstärkt?

PStS Thomas Jarzombek (BMDS): Ich verstehe das Interesse. Wir sind aber jetzt im Februar und der Start der Wallet ist zum Beginn des neuen Jahres geplant. Bei uns wird viel daran gearbeitet, wie ein Kommunikationskonzept aussieht. Das Interesse ist hoch. Wir werden von den Unternehmen gefragt, wie kommuniziert wird, wie sichergestellt wird, dass am Ende viele Leute mitmachen. Das zeigt, dass es ein gutes Projekt ist, weil viele sich dessen Erfolg wünschen. Das ist eine gute Voraussetzung. Wir werden dort eine deutliche Kommunikation machen, wobei wir mit dem Produkt erst starten müssen. Es ist wie mit jedem digitalen Produkt, man startet es, entwickelt das im Laufe der Zeit weiter und verbessert es. Das wäre völlig ungewöhnlich, wenn es hier anders lief als bei allen anderen Apps, die jemals gestar-



tet wurden. Wir starten am 2. Januar 2027, weil wir sicherstellen wollen, dass alle Beschäftigten ein halbwegs vernünftiges Weihnachtsfest haben, bevor sehr viele Support-Anfragen eingehen werden, was völlig normal ist, wenn man ein neues Produkt startet, und wenn es nur Leute sind, die ihre PIN vergessen haben. Deshalb werden wir dafür vorher eine entsprechende Kommunikation haben, sodass jeder weiß, wie er reinkommt. Unser Ziel ist es, sehr viele Leute dafür zu gewinnen. Es werden nie alle mitmachen. Es gibt keine Pflicht, die Wallet zu benutzen. Das will ich deutlich sagen. Das gibt uns die eIDAS-Verordnung, beziehungsweise deren Update aus dem Jahr 2024, vor. Es gibt keine Pflicht zur Nutzung, und deshalb werden wir niemanden dazu zwingen. Das ist immer wichtig zu sagen. Wir gehen aber schon davon aus, dass wir einen großen Teil der deutschen Bevölkerung dafür gewinnen können.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Als nächstes für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Rebecca Lenhard.

Abg. **Rebecca Lenhard** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich hätte als erstes eine Frage zu der vorhin genannten Summe – die 13,33 Euro. Waren die auf das vorherige Verfahren mit dem Brief bezogen oder wie setzen die sich zusammen?

Christina Decker (BMDS): Genau, das war der Brief. Das war das, was wir nach der Gebührenverordnung für den Brief hätten korrekterweise anrechnen müssen.

Abg. **Rebecca Lenhard** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt stehen neue Verfahren im Raum. Gerade wurde die Zusammenarbeit mit den Banken angesprochen. Lässt sich dort schon abschätzen, wie teuer das wird und wie das insgesamt abgerechnet wird, also pro Rücksetzung?

Christina Decker (BMDS): Das können wir noch nicht. Das sind Sachen, die wir dann überlegen müssten. Wir arbeiten daran, dass Sie zu dem Bürgeramt in diesem Jahr eine Alternative haben, gegebenenfalls wieder mit dem PIN-Rücksetzbrief; dass es nicht nur das Bürgeramt ist, um es wirklich zu erleichtern.

Abg. **Rebecca Lenhard** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich es richtig verstanden hatte, ist im Haushalt ein Budget aus dem Sondervermögen hinterlegt. Wofür wird das ausgegeben?

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Genau dafür.

Abg. **Rebecca Lenhard** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um das aufzubauen?

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Nein. Das ganze Verfahren wird so sein, dass wir, wenn es für uns gut läuft, einen Weg finden werden, dass wir den Menschen keinen Brief mehr schicken müssen, die den PIN-Code nicht haben. Die Wahrscheinlichkeit ist aber größer, dass wir, wie Frau Decker es vorhin beschrieben hat, noch einmal das Verfahren mit dem Briefträger machen müssen, um dann anschließend ein digitales Verfahren zu ermöglichen. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, dass man Handynummer und E-Mail-Adressen hinterlegt und damit eine Zwei-Faktor-Authentifizierung auf einem anderen Medium macht. Das können wir heute nicht, weil wir diese Daten nicht haben. Es gibt andere Ideen dafür, aber ich will nicht zu viele Ideen auf den Tisch legen. Im Augenblick ist es ein Arbeitsprozess. Das Ziel besteht darin, dass wir maximal noch einmal einen Brief schreiben und danach in einem elektronischen Modus sind, weil es auch mit der Wallet vorkommen wird, dass Leute ihre PIN vergessen oder ihr Handy gestohlen wird.

Abg. **Rebecca Lenhard** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war aus Kostengründen eingestellt worden. Was ist, wenn die Summe, die gerade zurückgestellt wird, nicht reicht, weil die Fälle übersteigen? Ist das absehbar? Auf der anderen Seite ist das Sondervermögen für Investitionen in unsere Zukunft gedacht. Das kann ich an der Stelle nicht erkennen, wenn ein bestehendes Verfahren, das dann wieder abgestellt werden soll, damit finanziert wird. Wie sehen Sie das?

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Die Frage, warum das teuer war und warum das abgestellt wurde, müssen Sie denjenigen stellen, die zu dem Zeitpunkt in der Regierungsverantwortung waren. Ist das eine Investition in die Zukunft? Natürlich ist das eine Investition in die Zukunft, weil wir damit den Menschen den einfachen elektronischen Zugang ermöglichen. Es ist eine Perspektive, die dazu beitragen wird, dass wir erheblich sparen können. Denn die Systeme, die elektronisch laufen, sind günstiger, als wenn man Sachen händisch macht. Das Ziel besteht nicht darin, immer wieder Briefe zu schreiben. Das habe ich schon ausgeführt.



Abg. **Rebecca Lenhard** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie es sich angeschaut, als das ausgesetzt wurde, wie hat sich das auf den Bürgerämtern entwickelt? Gab es dort bei den Services den Rückgang in irgendeiner Form? Hat man sich genauer angeschaut, wie das genutzt wurde?

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Da das ganze Personalausweiswesen in der Hoheit des BMI ist, kann man dazu keine Zahlen offenlegen. Wir wissen es zu diesem Zeitpunkt nicht. Meine persönliche Vermutung ist, dass es nicht besonders dazu geführt hat, dass Leute zum Amt gegangen sind, um sich die neue PIN zu holen.

Christina Decker (BMDS): Das kann man unterstreichen. Ich wüsste nicht, dass es eine Statistik gibt, dass der Beamte, wenn er das macht, gleichzeitig ein Häkchen setzt. Ich könnte mir vorstellen, dass wir das nicht nachfassen können.

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Für uns ist wichtig, dass wir nicht nur die Wallet machen, sondern staatlicherseits verschiedene Verfahren anbieten, für die man das Ganze einsetzen kann, sodass es für die Leute viel mehr Sinn als heute ergibt, wo man noch für viele zentrale staatliche Leistungen aufs Amt muss oder für die Dinge, wie beispielsweise die Beantragung von einem Anwohnerparkausweis, kein Authentifizierungsmittel braucht.

Abg. **Rebecca Lenhard** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Ich habe gelesen, dass 40 Prozent der versandten PIN-Briefe nicht verwendet wurden. Hat man sich angeschaut, woran das liegt? Liegt es an technischen Hürden oder haben Informationen gefehlt?

Carsten Rosche (BMDS): Die Zahlen sind uns bekannt. Über die tatsächlichen Gründe kann man nur spekulieren. Ein Teil der Briefe ist wohl erst sehr spät angekommen. Dort haben die Personen vielleicht andere Wege gefunden. Es ging damals sehr stark um die Systeme der Einmalzahlung für die Studierenden. Genaue Gründe kennen wir nicht.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Lemke für Die Linke.

Abg. **Sonja Lemke** (Die Linke): Vielen Dank. Ich halte es für sehr optimistisch, dass wenn Menschen etwas häufiger nutzen, sie seltener ihre PIN vergessen. Man sollte davon ausgehen, dass das

einen linearen Zusammenhang hat. Um nochmal an Herrn Dr. Reichel anzuschließen, auch die Bürgerämter werden nur dann einen Online-Ausweis bewerben, wenn sie einen Nutzen davon haben, und nicht, wenn sie davon ausgehen müssen, dass weitere Arbeit an ihnen hängen bleibt. Deshalb glaube ich, dass der Punkt der Unterstützung von Bürgerämtern und Kommunen zentral ist, wenn wir wollen, dass solche Systeme ausgeliefert werden. Es gab die Vorlage an den Haushaltsausschuss vom BMDS. Dort wurde von Kosten von 510.000 Euro für jedes Betriebsjahr für die PIN-Rücksetzung ausgegangen. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist man davon ausgegangen, dass der Mensch, der die PIN zurücksetzt, sich an den Kosten von 13,33 Euro beteiligt. Haben sich die Kosten in dem Vergleich erhöht? Wie setzen sich die Kosten zusammen? Sind es die nur die für den Zahlungsdienstleister oder sind dort auch andere Dinge enthalten?

Carsten Rosche (BMDS): Erhöht gegenüber was? In der Tat gibt es einen Grundbetrag für den Betrieb des eigentlichen Systems. Dann gibt es die Beteiligung des Betroffenen pro Einzelfall. Diese 13,33 Euro sind nicht komplett kostendeckend. Sie decken lediglich die Kosten, die für den Briefversand und die Fertigung entstehen. Das eigentliche System, was man im Hintergrund betreiben muss, kostet aber auch Geld. Das ist etwas, was aus den genannten Summen dauerhaft finanziert werden sollte.

Abg. **Sonja Lemke** (Die Linke): Also das ist das Geld, was für den kompletten Betrieb notwendig ist. Wurde vorher gedacht, dass man nicht den kompletten Teil vom Bund tragen muss, sondern dass man einen Teil durch die teilweise Kostendeckung zurückbekommt?

Carsten Rosche (BMDS): Vor allem den Teil, der den Briefversand betrifft. Das ist ein besonderes Verfahren. Es wurde vorhin dargestellt, dass der Briefträger prüfen muss, ob das die Person ist, die dieses Identitätsmittel bekommt. Das ist im Europarecht so festgelegt. Das ist das, was Frau Decker mit der Gesichtskontrolle meinte, wenn ich es so flapsig ausdrücken darf. Dieser Briefversand ist sehr teuer, weil das ein besonderes Personal voraussetzt. Daran sollte die Beteiligung stattfinden.

Abg. **Sonja Lemke** (Die Linke): Sie findet aber weiterhin statt. Oder habe ich gerade etwas falsch



verstanden? Herr Jarzombek hat doch gerade gesagt, dass es keine Beteiligung der Menschen gibt, die die PIN zurücksetzen.

Carsten Rosche (BMDS): Die 13,33 Euro waren das, was vorgesehen war. Das ist, wie gesagt, im Bundesrat gescheitert.

Abg. **Sonja Lemke** (Die Linke): Dadurch erhöhen sich doch die gesamten Kosten für das Verfahren. Das würde mich interessieren.

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Momentan haben wir gar keine Kosten für das Verfahren, weil wir es nicht machen. Wie wir das machen, ist genau das, woran wir gerade arbeiten. Bevor wir nicht wissen, wie wir das machen, können wir logischerweise kaum sagen, was es kosten wird.

Abg. **Sonja Lemke** (Die Linke): Haben Sie noch keine Planung?

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Doch! Frau Lemke, unterstellen Sie uns bitte keine Dinge, die wir hier nicht sagen.

Abg. **Sonja Lemke** (Die Linke): Ich versuche gerade, das zu verstehen.

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Ich erkläre es Ihnen gerne. Sie haben uns zu einem Bericht aufgefordert zu einem Zeitpunkt, wo dieses Verfahren in der Werkstatt ist. Dem kommen wir sehr gerne nach. Deshalb bitte ich aber um Verständnis, dass wir nicht mit einer fertigen Vorlage herkommen. Kollegin Hoppermann wäre vielleicht auch gut qualifiziert, um das zu beantworten. Ich fürchte, dass die Geschäftsordnung das nicht zulässt. Es gab den Gedanken, das mit einer Kostenbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu machen. Dieses Verfahren ist seitens des Bundesrates nicht gewünscht. Deshalb wird das nicht stattfinden. Wir werden dem Maßgebefbeschluss des Haushaltsausschusses folgen und schauen, dass wir ein neues Verfahren zum Start der Wallet bauen, das mindestens in der Folge, wenn die PIN wieder vergessen wird, voll digital ist. Was es kosten wird, können wir Ihnen sagen, wenn wir damit fertig sind. Das wird in diesem Jahr passieren.

Abg. **Sonja Lemke** (Die Linke): Heißt das, dass die Vorlage, die Sie für den Haushaltsausschuss gemacht haben, nicht mehr aktuell ist? Oder sehe ich das jetzt falsch?

Carsten Rosche (BMDS): Die Vorlage für den Haushaltsausschuss wurde gemacht, bevor der Bundesrat die Verordnung nicht angenommen hat. Insofern haben sich Änderungen ergeben.

Der **Vorsitzende**: Gut. Dann wären wir mit diesem Tagesordnungspunkt fertig. Dann können wir den Bericht entsprechend zur Kenntnis nehmen. Vielen Dank dafür.

Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich -

Bericht der Bundesregierung zum aktuellen Umsetzungsstand des Deutschland-Stacks

Selbstbefassung

Der **Vorsitzende**: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2. Wir haben dazu wieder Gäste, und zwar weitgehend die gleichen, wie vorher, den Parlamentarischen Staatssekretär und Frau Decker. Jetzt ist Herr Folker Schweizer (BMDS) noch da. Wir haben ebenfalls ein Eingangsstatement von fünf Minuten durch die Bundesregierung und eine Debattenrunde vereinbart. Ich darf den Parlamentarischen Staatssekretär bitten, einzuführen.

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Deutschland-Stack haben wir hier schon diskutiert. Ich freue mich, dass Frau Decker als Abteilungsleiterin mit dabei ist und auch Herr Schweizer, der das Thema als Referatsleiter verantwortet. Der Deutschland-Stack hat die Kernidee, dass wir Dienste standardisieren und Architekturprinzipien vereinheitlichen für Projekte, die wir in der Bundesregierung machen, und im weiteren Verlauf auch die auf der föderalen und kommunalen Ebene. Wir haben dazu ein Konsultationsverfahren gestartet. Wir hatten die zweite Konsultation, bei der die Einreichungsfrist vor zwei Wochen beendet war. Wir werden das entsprechend auswerten und unser Konzept damit weiter schärfen. Ich will ein paar von den strategischen Grundsätzen an der Stelle benennen. Was mir persönlich sehr wichtig ist, ich möchte gerne, dass die Leute unsere Services lieben, dass sie nicht nur kürzere Texte haben, weniger kompliziert und besser funktional sind, sondern dass die Benutzung auch Spaß macht. Ich will, dass die Leute sagen: „Das ist ein cooler Service. Wir hät-



ten nicht erwartet, dass uns der Bund solche Dinge zur Verfügung stellt“. Wenn man das etwas nüchterner betrachten will, heißt das, dass wir Usability und User Experience nach vorne stellen. Das ist für uns an dieser Stelle eine wichtige Sache. Wir wollen insbesondere Dinge immer wieder aufs Neue verwenden. Das Wort „Nachnutzung“ ist eine ziemliche Behördensprache, trifft es aber gut. Wir bauen Module, die mehrmals genutzt werden, um zu vermeiden, dass für ähnliche Vorhaben immer wieder aufs Neue Dinge entwickelt werden. Bevor wir allerdings etwas selbst entwickeln, was wir nicht mehrmals nutzen können, schauen wir, ob wir Standardlösungen kaufen können. Viele IT-Projekte haben in der Vergangenheit daran gekrankt, dass sie eine sehr hohe Komplexität erreicht haben, weil man individuelle Lösungen gebaut hat. Wir haben Souveränitätsprinzipien. Die Kriterien dafür sind hinreichend bekannt. „Made in EU first“ ist eines der Prinzipien, die damit einhergehen. Wir werden Produkte aus Drittstaaten nicht kategorisch ausschließen, aber wir wollen den Einkauf sowohl bei Startups und im Mittelstand als auch auf der größeren Ebene bei europäischen Unternehmen deutlich stärken. Das steht auch so im Koalitionsvertrag – der Staat als Ankerkunde. Zero Trust and Secure by Design ist ein weiteres Gestaltungselement. Application Programming Interface (API) first brauche ich nicht zu erklären. Das ist möglicherweise das Wichtigste, gerade wenn man auf die Frage von Once Only schaut. Wir bauen damit einen Plattformkern, der als Digital Public Infrastructure fungieren soll, und in dem bestimmte Dinge konzentriert werden. Das Thema Identifizierung und EUDI-Wallet habe ich schon benannt. Auch Identity and Access Management (IAM), also die Identifizierung von Nutzern aus der Verwaltung heraus an einer Stelle, ist ein entscheidender Punkt. Der zweite Punkt wird das Thema der Zahlungsabwicklung sein. Der dritte Punkt wird die Ermöglichung der Interaktion sein, ein Rückkanal, mit dem wir mit Bürgern und Unternehmen kommunizieren können. Ein weiteres wichtiges Thema ist Artificial Intelligence (AI). Über KIPITZ, unsere eigene KI-Plattform, setzen wir sehr stark auf eine AI-First-Strategie. In den letzten Monaten sind durch AI andere Entwicklungsparadigmen möglich geworden als das, was man vor einem Jahr gesehen hat. Das ist eine riesige Chance für uns, um veralteten Software-Stack

durch moderne, neue Verfahren zu ersetzen. Der eine oder andere wird das schon selbst mit dem einen oder anderen Produkt ausprobiert haben. Wir haben noch ein Projekt, wo wir gerade mit den Kommunen arbeiten und KI-Startups mit Kommunen zusammenbringen. Wir haben dort ein sehr großes Interesse gehabt, über 600 Bewerbungen. Das zeigt, dass wir dort einen Nerv treffen, und wir müssen diese für uns riesige Chance mit den neuen Möglichkeiten der KI-generierten Softwareentwicklung nutzen. Wir müssen aber auch unsere eigenen Elemente hereinbringen. Wir setzen auf eine deutsche Verwaltungscloud, wofür wir gerade eine Ausschreibung offen haben. Das Thema der KI-Services und das Paradigma „Staat als Ankerkunde“ wird noch einmal dadurch ausgelebt, dass wir gemeinsam mit den europäischen Anbietern versuchen, entsprechende Services aufzubauen. Immer wieder wird gefragt, wie viel Geld wir an Microsoft zahlen. Das sind auch Rahmenverträge aus der Vorgängerperiode, die dazu führen, dass alles, was wir bei KI machen, nach meinem Dafürhalten, zu oft an solche Anbieter geht. Das wollen wir ändern.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für die Einführung. In der Debatte beginnt nun für die CDU/CSU-Fraktion Henri Schmidt, bitte.

Abg. **Henri Schmidt** (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Ausführungen. Es ist schön, wie das Wortungetüm Deutschland-Stacks sich über die Monate entwickelt hat. Es ist immer klarer geworden. Der Nebel ist ein Stück weit verschwunden, obgleich in vielen Veranstaltungen, die Du, Thomas, besuchst, immer noch viel geglaubt wird, was Teil eines Deutschland-Stacks sein könnte und was nicht. Wir haben kürzlich besprochen, dass wir immer wieder resetten und sagen müssen, worum es wirklich geht. Du hast es gerade klar gemacht. Es geht um die Architektur unten drunter, die sicherstellt, dass wir vor allen Dingen einen effizienteren und besseren Rollout von Verfahren erleben können, die wir nachnutzen wollen. Das ist genau der Punkt, der im Onlinezugangsgesetz (OZG) nicht sauber funktioniert hat. Ich erzähle immer die Geschichte vom Wohngeld, was in Hamburg entstanden ist und in Berlin nachgenutzt werden sollte, und alle haben am Ende die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen, weil es vom Technologie-Stack her



nicht funktionierte. Deswegen ist dieser Ansatz gut und richtig, und ich finde es schön, wie Ihr das mit einem guten Spirit nach vorne treibt. Es ist eklatant wichtig, dass dieses Thema zum Erfolg wird. Der Tagesspiegel-Background war so freundlich und hat heute schon fleißig im Interview mit Dr. Markus Richter alles ausgebreitet, sodass ich mir viele meiner Fragen, die ich hatte, sparen kann. Zwei Themen würde ich aber gerne spezifizieren. Punkt Nummer eins ist das Portfolio-Management. Wir werden strategisch in eine Situation kommen, wo der Deutschland-Stack steht. Er ist initial definiert. Er wird sich immer weiterentwickeln müssen, weil sich die Technologien anpassen. Wie plant man strategisch das Portfolio-Management im Deutschland-Stack?

PStS Thomas Jarzombek (BMDS): Vielen Dank für die positive Wahrnehmung dessen, was wir machen. Der Deutschland-Stack ist im Prinzip all das, was unter der Oberfläche ist. Es erfordert ein gewisses Abstraktionsvermögen, um darüber zu reden. Jeder, der mit dem Auto fährt, weiß, dass man nur wenn der Motor sauber läuft, auf der Reise gut ankommt. Deshalb ist das, was wir hier machen, extrem wichtig, auch wenn es vielleicht nicht so sichtbar ist. Das, was als Portfolio-Management beschrieben ist, sind die Applikationen, die darauf liegen. Man muss aufpassen, mir ist auf der Reise der letzten Monate begegnet, dass jeder, der irgendeine Software implementieren will, sagt, dass das zum Teil von dem Deutschland-Stack wird. Der Deutschland-Stack ist der Kern von Anwendungen, auf dem alle Dinge basieren und nicht jedes Einzelprogramm, was man hat. Dort bauen wir ein Portfolio-Management auf. Das müssen wir mit den Ländern und Kommunen machen, weil dort viele Dinge drin sind, die auch Dritte nutzen. Dort sind viele Produkte drin, die sozusagen zugekauft werden oder zugekauft werden können, auch von anderen Verwaltungseinheiten. Das ist ein Prozess, der parallel dazu stattfinden wird.

Christina Decker (BMDS): Ich würde das unterstreichen. Wir haben ein Stack-Bild mit den verschiedenen Schichten. Die Basiskomponenten befinden sich irgendwo so in der Mitte. Darüber haben wir die Fachplattform. Das ist das, was andocken muss. Das ist aber nicht das Zentrum, wo wir aktiv werden. Das sind die Basiskomponenten, um die herum wir Infrastruktur und Cloud und

dann die Andockungsfähigkeit gewährleisten müssen.

Abg. Henri Schmidt (CDU/CSU): Die Frage nach dem Portfolio-Management ist nicht richtig beantwortet worden. Im Kern geht es um die Fragestellung, wer sich um die Weiterentwicklung des Stacks langfristig kümmert? Wie stellen wir sicher, dass dieses Ding sich mit der Zeit weiterentwickelt? Welche Komponenten nehmen wir auf? Welche nehmen wir nicht auf? Wer entscheidet es?

PStS Thomas Jarzombek (BMDS): Ich verstehe jetzt, was gemeint ist. Portfolio-Management ist aus meiner Perspektive die Frage aller Applikationen, die oberhalb des Stacks liegen und eine ziemliche Breite haben. Dort werden sich auch Best Practices durchsetzen. Wir werden gezielt Länder und Kommunen einladen, um Lösungen zu etablieren, um zu bewerben und zu bewerten, so wie man das von anderen Ebenen kennt. Portfolio-Management im Sinne der Frage, wie wir den Deutschland-Stack weiterentwickeln, wird weiterhin bei uns im Haus stattfinden, so wie wir das jetzt machen. Wir haben dafür die entsprechenden Fachleute im letzten Jahr geonboardet. Wir haben uns entsprechend aufgestellt und wir haben den nachgeordneten Bereich, der dem zuarbeitet – das ITZBund, DigitalService, GovTech Deutschland und andere.

Abg. Henri Schmidt (CDU/CSU): Genau, vielen Dank. Das Thema Cloud zum Beispiel, wenn wir über Infrastruktur sprechen, ist für mich noch etwas verwirrend. Egal, ob ich zu govdigital, GovTech Campus oder zum ITZBund laufe, erzählen mir alle, dass sie eine Cloud bauen, die auch Teil vom Deutschland-Stack ist. Deswegen frage ich so viel nach Portfolio. Das wird sich sicherlich noch finden. Die zweite Frage passt zeitlich nicht mehr, aber vielleicht tut mir jemand anders den Gefallen, nochmal zu fragen, wie wir den Deutschland-Stack tatsächlich in die Breite Deutschlands bis in die letzte Kommune bringen.

PStS Thomas Jarzombek (BMDS): In den acht Sekunden: Wichtig ist vor allem, dass wir den erstmal in die Breite der Bundesverwaltung bringen. Dafür haben wir seit dem Dezember den Zustimmungsvorbehalt. Das ist unser Hebel, den Deutschland-Stack zu implementieren.



Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die AfD-Fraktion, Herr Rupp.

Abg. **Ruben Rupp** (AfD): Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär, geehrte Kollegen, es ist gut, dass wir ein bisschen über Zukunft sprechen und nicht nur über das, was falsch läuft. Es gibt genug von dem, was in Deutschland falsch läuft. Was den Deutschland-Stack selbst betrifft, haben Sie gerade angesprochen, dass Sie dort die Dienste und die Architektur insgesamt standardisieren wollen. Gerade wenn Sie dadurch für die Länder Angebote machen wollen, reicht das wirklich, wenn Sie eine gewisse Finanzierung in Aussicht stellen, wird das dann auch genutzt oder ist es nicht ausreichend? Insbesondere wenn wir an den Artikel 91c des Grundgesetzes denken, muss man da früher heran oder denken Sie, dass das einfach funktionieren wird, ähnlich wie beim NOOTS, mit dem Unterschied, dass man dort einen Staatsvertrag nachgeschoben hat? Ist es ausreichend bei dem, was Sie vorhaben, dass die Länder das nutzen und übernehmen?

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Ich glaube, das ist ausreichend. Bevor wir auf die Länder schauen, sehen wir, dass es in der gesamten Bundesverwaltung mit insgesamt fast 1000 Organisationseinheiten eine Struktur braucht. Die können wir durchsetzen. Der Zustimmungsvorbehalt ist für uns das Instrument, mit dem wir das durchsetzen. Das ist neu, das hat es bisher nicht gegeben, das macht den Unterschied und das ist ein Paket. Deutschland-Stack und Zustimmungsvorbehalt sind ein Paket. Wenn wir auf die Ebene von Ländern und Kommunen schauen, ich glaube, es ist es nicht sinnvoll, nur auf die Länder zu schauen, wir versuchen mit verschiedenen Projekten, Plattformen zu bauen, von denen Kommunen profitieren können. Weil viele Dinge, die Sie als Bürger betreffen, kommunale Leistungen sind. Wir haben eine kommunale Selbstverwaltung. Die Kommunen entscheiden, was sie machen. Das lassen sie sich weder von den Ländern noch von uns vorschreiben. Ich bin ein Freund davon, Leute von Leistungen zu überzeugen. Es wird nicht funktionieren, mit Zwang schlechte Lösungen oder Lösungen unterzubringen, von denen diejenigen, die sie implementieren sollen, sagen, dass diese für sie nicht funktionieren. Wir reden aktuell in der kommunalen Szene über 20.000 bis 30.000 Fachverfahren. Das ist eine wahnsinnige Menge. Ich

weiß nicht, ob man alles davon standardisieren muss. Um ein Beispiel zu nennen, wenn Sie in irgendeinem Flächenkreis sind, wo relativ wenig Menschen wohnen, da sitzt ein Amt, die geben Angelscheine aus und die machen das mit einer einfachen Tabelle auf dem Server. Alle drei Monate kommt jemand, der einen neuen Angelschein braucht. Muss man die jetzt alle zwingen, komplizierte Software-Systeme aufzubauen? Ich glaube eher nicht. Wir brauchen in diesen Kernsystemen, da sagt das OZG, eine Vernetzung. Wir setzen auf standardisierte Datenaustauschformate und Schnittstellen auf. Ich glaube, dass wir auch Angebote machen und dass diese Angebote, egal ob von den Ländern wie auch von den Kommunen angenommen werden, wenn sie leistungsstark und günstig sind. Bestimmte Leistungen werden wir auch nach Modernisierungsagenda an den Bund ziehen. Ich nehme konkret das Thema der Kfz-Zulassung, was für viele Kommunen mittlerweile nur noch nervig ist. Der Wunsch ist aus der kommunalen Familie gekommen, dass der Bund diese Leistung wieder selbst betreibt. Deshalb haben wir mit der Modernisierungsagenda die Strategie eingeschlagen, das mit i-Kfz als Bundesverfahren zu machen, was von vielen Kommunen sehr begrüßt wird. Kriegt man jetzt 100 Prozent? Man kriegt nie im Leben 100 Prozent. Wir werden aber mit Paketen, die sowohl günstig als auch leistungsstark sind, sehr viele Bürgermeister überzeugen können, in unsere Services hereinzugehen. Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass wir große Sprünge nach vorne machen werden.

Abg. **Ruben Rupp** (AfD): Vielen Dank. Eine gewisse Restskepsis ist noch vorhanden, weil einige Angebote, wie die 4cloud, bisher nicht genutzt wurden. Es gab in Baden-Württemberg eine größere Nutzung durch die Behörden, weil es von der Landesregierung forciert wurde. Ich sehe noch nicht, dass das Angebot wahrgenommen wird. Ich sehe auch eine große Problematik in der Nutzung. Das haben Sie vorhin selbst angesprochen. Die Mehrheit der Bevölkerung nutzt es nicht. Das gilt auch für die elektronische Patientenakte (ePA). Wie stellen Sie sicher, dass die EUDI-Wallet nicht überfrachtet wird? Meine Befürchtung ist, dass Sie das so umfangreich machen, die entsprechende Nutzung aber nicht gegeben ist. Wie stellen Sie das sicher?



PSSt Thomas Jarzombek (BMDS): Genau deshalb ist unser Punkt, dass die Leute das Produkt lieben sollen. Es muss einfach zu bedienen sein. Die Wallet, all das, was es an Prototypen gibt, ist ein in der Bedienung sehr einfach aufgebautes Produkt. Wir dürfen die Dinge nicht überfrachten. Das ist ein Fehler, der in der Vergangenheit zu oft passiert ist. Unser Ziel ist, einfach benutzbare Dinge zu bauen.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Für die SPD-Fraktion, Parsa Marvi.

Abg. Parsa Marvi (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe aus den Ausführungen, was die Gesamtsteuerung und Gesamtverantwortung auf architektonischer Ebene angeht, herausgehört, dass das beim BMDS liegt. Es gibt die nachgeordneten Stellen, die entsprechend zuarbeiten, und das Digital-Center, von dem ich heute auch aus dem Interview erfahren habe. Die Gesamtverantwortung für alle Entscheidungen liegt aber beim BMDS, das habe ich verstanden. Haben Sie – sorry, es geht wieder an die Werkstatt – eine Idee, in welcher zeitlichen Dimension diese Kernkomponenten ausgerollt werden? Erfolgt es nach und nach oder gibt es einen großen Auftakt?

PSSt Thomas Jarzombek (BMDS): Die Idee des Digital-Centers ist, dass wir den nachgeordneten Bereich bündeln und für Synergieeffekte sorgen. Dort sind genau die Dinge drin, die ich vorhin beschrieben habe. Dort soll beispielsweise der Digital-Service drin sein, GovTech Deutschland soll in seiner Vereinsstruktur dort mitangebunden werden, sowie die anderen Bereiche, die wir haben. Zu der Frage des Rollout-Plans, bitte, Frau Decker.

Christina Decker (BMDS): Gerne. Wir haben noch die anderen Projekte, wo wir in die Kommunen hereingehen. Hier haben wir Meilensteine, die sich zum Teil aus der Modernisierungsagenda ergeben und zum Teil ganz plakativ sind, wie der 2. Januar 2027 bei der Wallet. Wir haben die Vorgabe, die Standards bis Ende März festzulegen. Das geht über den IT-Planungsrat. Wir haben Governance-Fragen bis zum Juni. Das sind weiche Daten, an die wir uns halten müssen. Wir wollen den Bürger glücklich machen. Das ist er noch nicht. Wir wollen auch die Verwaltung bei den Kommunen glücklich machen. Unser Gefühl ist, das passiert. Wir wurden von der Digitalminister-

konferenz (DMK) gebeten, einen möglichst einheitlichen Standard vorzugeben. Mir begegnet immer wieder die Bitte, etwas zu machen und zu versuchen, weil man einheitlich agieren will.

Abg. Parsa Marvi (SPD): Gibt es schon eine Idee für den späteren Rollout? Es werden Investitionskosten sein, aber vor allen Dingen auch laufende Betriebskosten. Wie eint man das mit Ländern und Kommunen? Oder ist man noch nicht so weit?

PSSt Thomas Jarzombek (BMDS): Wir machen das im Rahmen dessen, was auf der Ebene der Digitalministerkonferenz in Deutschland „Architektur“ heißt. Dort gibt es auch mit den Ländern einen Austauschprozess. Die Länder sind in die Verfahren, wie wir den Deutschland-Stack bauen, eingebunden. Wir haben Lösungskomponenten drin, die auch in den Ländern helfen, Geld zu sparen. Ich nehme einmal das Thema gemeinsames Identitätsmanagement. Wenn ich Nutzer auf einer Plattform aus der Stadtverwaltung A, aus der Stadtverwaltung B und aus der Stadtverwaltung C habe, wie authentifiziere ich die? Dort kann man mit einem einheitlichen System extrem viele Kosten sparen. Der Antrieb ist, so wie Frau Decker es gerade gesagt hat, dass wir von Ländern und von Kommunen viele Wünsche haben, Dinge zu standardisieren, Schnittstellen zu bauen, um damit vor Ort das Leben leichter zu machen.

Abg. Parsa Marvi (SPD): Vielen Dank. Ich habe eine Frage zum Thema digitale Souveränität. Dort gab es Einlassungen unter anderem vom Verband der Open Source-Wirtschaft, die sich Sorgen machen, wie das im Rahmen des Deutschland-Stacks implementiert oder auch gelebt wird. Welche messbaren Kriterien haben Sie dort und welche konkreten Mechanismen sieht der Stack vor, um langfristige Anbieterabhängigkeit und Lock-in-Effekte strukturell zu vermeiden?

PSSt Thomas Jarzombek (BMDS): Wir haben das Prinzip, dass wir am liebsten Open Source nutzen wollen. Das Zweite ist, dass wir Lösungen von europäischen Anbietern nehmen, und das Dritte ist, von meiner Logik eigentlich eher das Zweite, dass wir versuchen, Startups und kleine Unternehmen größer zu machen. Die Prinzipien, die der Souveränität zugrunde liegen, sind, dass man als allererstes an der Wertschöpfung und an der Innovation teilhaben kann, dass man zum Zweiten eine



Wechselfähigkeit hat, dass wir zum Dritten Einfluss auf Anbieter nehmen können, als Viertes, dass wir eine Gestaltungsfähigkeit mitbringen und als Fünftes auch resiliente Systeme haben. Dieser Logik folgt das. Die Lock-in-Effekte wollen wir vermeiden, die kann es in allen Pfaden geben. Deshalb ist es idealtypischerweise so, dass man immer mehrere Lösungen hat, mit denen man arbeiten kann, was auch für einen gewissen Wettbewerb sorgt.

Abg. **Parsa Marvi** (SPD): Zur EUDI-Wallet haben Sie schon einiges gesagt. Verstehe ich es richtig, dass sie integraler Kernbestandteil der Architektur ist? Oder ist sie eher eine angebundene Anwendung? Wie wird sichergestellt, dass die Wallet technisch nahtlos mit den Komponenten interoperiert?

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Die Wallet wird gemeinsam mit dem Deutschland-Stack entwickelt. Deshalb folgt sie diesen Prinzipien und jede dieser Komponenten ist ein Stück alleinstehend, aber mit den anderen verbunden und deshalb von Anfang an Bestandteil dessen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Als nächstes für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dr. Moritz Heuberger.

Abg. **Dr. Moritz Heuberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, dass Sie uns hier das näher erläutert haben. Eine Sache, die gut ist, ist, dass die Konsultationsphase zum Deutschland-Stack verlängert und ausgeweitet wurde. Dort hatten wir aus der ersten Phase aus der Zivilgesellschaft gehört, dass die Einbindung noch zu wünschen übriggelassen hat. Das ist gut, dass es weiter geht und mein Appell wäre auch, dass nicht nur vorneweg eingebunden wird, sondern kontinuierlich über den gesamten Prozess auch weiterhin eine Einbindung der relevanten Stakeholder erfolgt. Meine Frage ist, ob die Architekturprinzipien, die angesprochen wurden, auch mit dem IT-Vorbehalt verknüpft werden, im Sinne von, wenn ein Projekt, die Wallet nicht als Identifizierungsmittel mit einbindet oder nicht auf die Verwaltungscloud setzt, dann bekommt es kein Geld aus dem Haushalt. Wird das mitgedacht?

Christina Decker (BMDS): Ja genau. Wir sind dabei, der Zustimmungsvorbehalt läuft schon. Wir schauen uns Projekte an, auch wenn der jetzt erst mit dem Haushaltsverfahren 2027 richtig

Schwung aufnimmt. Wir haben genau solche Fragen, nach dem Motto: Kann ich eine Identifizierung nur in einer App haben oder muss ich die Wallet anbinden? – Muss ich, wenn ich als Bundesressort irgendwelche Vorhaben habe. In Fachgesetzen und allem, was kommt, muss ich darauf achten. Wir schauen uns Cloud-, KI-Sachen an. Es wird genauso, wie Sie sagen. Wir schauen darauf.

Abg. **Dr. Moritz Heuberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Das hilft auf jeden Fall. Richtung Bundesverwaltung, mit Blick auf den Föderalismus – sind hier Gespräche mit der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) geplant? Findet da etwas statt, das institutionell analog für die föderale Ebene gemacht wird? Dass auch dort so etwas wie ein IT-Vorbehalt mit allen 17 Akteuren gemacht? Sind Sie dort weiter in der Planung?

Christina Decker (BMDS): Das ist eine vollkommen berechtigte Frage, aber da komme ich wieder zu Artikel 91c Grundgesetz. Wir müssen aufpassen, wir sind im Moment nur bei der unmittelbaren Bundesverwaltung, nicht bei der mittelbaren. Der Bundestag ist zum Beispiel frei davon, was er tut. Wir würden es uns aber immer wünschen und hoffen, dass man sich auch an diese Maßgaben hält.

PStS **Thomas Jarzombek** (BMDS): Alle Mitglieder der Kommission für Informationstechnologien und Digitalisierung (IuD-Kommission) wissen das.

Abg. **Dr. Moritz Heuberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte die gleiche Frage wie Kollege Parsa Marvi zum Thema Souveränitätswashing, dass ein Betreiber-Lock-in auch dann stattfinden kann, wenn es ein europäischer Anbieter ist. Ich war mit der Antwort noch nicht ganz happy. Nur weil ein deutscher oder ein europäischer Anbieter mir die Verwaltungs-Cloud betreibt, habe ich trotzdem die Gefahr, dass man einen Fünfjahres-Vertrag oder Ähnliches macht, und wenn ich dann in vier Jahren wieder ausschreibe, das Problem habe, dass ich mir den Umzug nicht leisten kann, weil dann bestimmte Systeme, die wichtig sind, für ein paar Monate abgeschaltet werden. Das können wir uns als Staat nicht leisten. Deswegen wäre mein Ansatz, mehr auf die Ausschreibungspraxis und die Vertragsgestaltung einzugehen und nicht nur zu schauen, Hauptsache europäisch und Hauptsache Open Source, dann passt das schon, sondern gerade in die Verträge herein-



zugehen und zu schauen, dass die Portabilität garantiert ist.

PStS Thomas Jarzombek (BMDS): Ich habe nicht gesagt, Hauptsache Open Source, sondern insgesamt sind das fünf Kriterien, nach denen wir aktuell das Thema Souveränität beurteilen. Dort ist die Wechselfähigkeit der zweite Punkt. Das ist nicht alles, aber es ist ein wichtiger Punkt. Wechselfähigkeit heißt, dass ich Migrationskonzepte von Anfang an habe. Das haben wir auch in anderen Bereichen, die wir machen. Wir haben das Thema – oder vielmehr war es noch das Bundesministerium für Verkehr (BMV), aber wir haben die Dinge übernommen – im Bereich der digitalen Infrastruktur, der Förderprojekte für den Glasfaserausbau. Da wurde von Anfang an verlangt, dass es ein Migrationskonzept gibt für den Fall, dass man den Auftrag nicht mehr bekommt. Wir fordern immer interoperable Schnittstellen und Datenformate ein, die diesen Wechsel ermöglichen. Wir sind gerade in der Gesetzgebung mit der nationalen Umsetzung des Data Acts. Der Data Act sieht vor, dass in der Cloud alle Anbieter Portabilität gewähren müssen, auch nicht für private Personen, sondern für Unternehmen. Das ist wirklich neu. Viele Mittelständler haben genau die Sorge, dass sie aus der Cloud, aus diesem Lock-in, nicht mehr herauskommen. Deshalb haben wir ein Maßnahmenbündel, das dafür sorgt, Lock-in-Effekte zu vermeiden.

Christina Decker (BMDS): Das ist ein bisschen die andere Ebene, was Sie gesagt haben, was beschaffen wir. Wir haben auch den CPO (Chief procurement officer) bei mir, den Zustimmungsvorbehalt und die Beschaffung, insoweit kann ich alles gut eingrenzen.

Abg. Dr. Moritz Heuberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine letzte kurze Frage zum Thema Sicherheit und Souveränität: Gibt es Komponenten innerhalb des Deutschland-Stacks, wo Sie sagen, die werden wir nicht einkaufen, sondern aus Souveränitätsgründen selbst bauen oder als Bundesregierung selbst betreiben wollen?

Folker Schweizer (BMDS): Mir fallen spontan keine Komponenten ein, wo wir das explizit haben. Herr Jarzombek hatte die Module genannt. Das sind alles Projekte, die etwas komplexer sind.

PStS Thomas Jarzombek (BMDS): Das muss noch entschieden werden. So weit sind wir noch nicht. Wir machen erstmal die Struktur. Dann wird die

Frage gestellt, ob wir es selbst machen oder es einkaufen.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Für Die Linke, Frau Lemke.

Abg. Sonja Lemke (Die Linke): Vielen Dank. Der Deutschland-Stack ist nicht nur an die Verwaltung gerichtet, sondern verwaltet insbesondere auch Bürgerinnen- und Bürgerdaten und soll auch eigentlich deren Interessen dienen. Wie steht es um die Einbindung der Zivilgesellschaft? Ich hatte schon eine Anfrage dazu gestellt. Dort haben Sie, glaube ich, zwei Tage, nachdem ich die gestellt habe, das Bündnis F5 gefragt, auch einen Workshop zu machen. Dieser Workshop hat nicht stattgefunden. Deshalb ist es momentan so, dass hauptsächlich ... – hat er stattgefunden? Meines Wissens hat er nicht stattgefunden. Es ist so, dass eigentlich nur Wirtschaftsverbände dort Workshops gemacht haben. Wie wollen Sie das heilen? Wie kommen wir dahin, dass die Bedürfnisse von Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Akteure in die Entwicklung miteinbezogen werden?

PStS Thomas Jarzombek (BMDS): Vielen Dank für die Frage. Ein Produkt, das wir auf jeden Fall selbst bauen, ist die Wallet, nämlich mit der Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND), die eine 100-Prozent-Bundestochter ist. Wie binden wir die Zivilgesellschaft ein, die wir übrigens auch bei der Wallet eingebunden haben, über Open Code, weil das ganze Verfahren immer wieder mit öffentlicher Partizipation stattgefunden hat – genauso machen wir das hier. Das heißt, das primäre Verfahren ist, dass wir das öffentliche Konsultationsverfahren machen. Dort kann sich jeder, egal ob Unternehmen oder Zivilgesellschaft, einbringen.

Abg. Sonja Lemke (Die Linke): Dafür müssen die zivilgesellschaftlichen Bündnisse aber Bescheid wissen. Es wäre eine gute Möglichkeit, dass gerade diese Akteure aktiv angesprochen werden. Findet dieser Workshop noch statt? Ist das noch geplant, diesen Workshop nachzuholen?

PStS Thomas Jarzombek (BMDS): Genau. Ausreden lassen hat auch eine gewisse Qualität, aber Sie können auch immer neue Fragen stellen. Wir machen alles mit. Wir sind hier serviceorientiert. Erstens ist die Zivilgesellschaft aktiv angesprochen worden. Zweitens haben wir die Workshops drumherum von Anfang an mit der Zivilgesell-



schaft geplant. Der Workshop ist ausgefallen. Das war krankheitsbedingt, nicht auf unserer Seite. Das hätte ich jetzt nicht proaktiv gesagt, aber weil Sie zweimal gefragt haben, muss ich das so in den Raum stellen. Wenn alle wieder gesund sind, werden wir das nachholen. Alle sind darüber informiert. Im Übrigen behandeln wir es auch nicht als Geheimnis, auch wenn manchmal der Eindruck entsteht, wenn wir das auf die Webseite schreiben, ist das anschließend ein Staatsgeheimnis, weil es nicht mehr so heiß ist, dass Leute sich das gegenseitig zuschicken. Dennoch haben wir das über alle Kanäle, die wir haben, verbreitet.

Christina Decker (BMDS): Ich würde eine Sache gerne ergänzen. Wir werden jetzt hier mit dem Deutschland-Stack verschiedene Präsentationen machen. Wir haben es mit F5 auch geplant. Ich will das nur jetzt klarstellen, damit Sie nicht sagen, dass wir das nur gemacht haben, weil Sie es angesprochen haben. Es ist in Planung.

Abg. **Sonja Lemke** (Die Linke): Zum Thema Open Source wurde schon einiges gefragt. Ich würde dort nicht noch einmal hereingehen. Ich finde aber, es ist ein sehr wichtiger Punkt, dass Open Source auch für den Deutschland-Stack verpflichtend gemacht wird, weil wir diese Lock-in-Effekte bekommen werden, wenn wir proprietäre Software verwenden. Ich würde gerne ein anderes Thema aufmachen. Sie haben darüber gesprochen, dass AI ein großes Thema im Deutschland-Stack sein soll und auch eine AI-First-Strategie angestrebt wird. Mich würde interessieren, wie Sie mit den Risiken von KI umgehen. KI hat das große Problem, dass alle Entscheidungen nicht nachvollziehbar sind. Sie können als willkürlich gestaltet werden und Sie haben das Problem, dass je nachdem, mit welchen Daten die KI-Systeme trainiert werden, es sehr wahrscheinlich ist, dass Personengruppen benachteiligt werden, die sowieso schon benachteiligt werden, zum Beispiel rassistisch diskriminiert werden. Welche Sicherungsmechanismen packen Sie dort rein, dass das im Deutschland-Stack nicht passiert?

PSSt **Thomas Jarzombek** (BMDS): Vielen Dank für die Frage. Wenn ich die Pyramide der Risiken aufmache, dann ist das Risiko Nummer eins, dass wir keine KI einsetzen und unsere Verwaltung nicht leistungsfähig ist. Risiko Nummer zwei ist, dass wenn wir keine KI-Systeme selbst zur Verfügung stellen, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Schatten-KI betreiben. Das ist ein ziemlich großes Thema, sicherlich kein Problem der öffentlichen Verwaltung, sondern überall. Wir müssen – Nummer drei – KI in die Workflows integrieren. Das ist das, was wir beim AI-Act in der Umsetzung anstreben. Wir müssen die KI in die Workflows bringen, und zwar auf einer eigenen Plattform, die wir selbst beherrschen. Das ist der entscheidende Punkt. Dann haben wir die KI-Verordnung, die sehr viel regelt. Ich habe letzte Woche bei einem Unternehmensbesuch eine Beschäftigte getroffen, die mir mit glühenden Augen erzählt hat, dass man den Bias, der in der Personalauswahl von Menschen besteht, im KI-System gezielt reduzieren kann. Sie hat konkret gesagt, dass Bewerberinnen und Bewerber aus bestimmten Ländern eher zurückgestellt werden, weil ein Personaler im Kopf hat, dass es immer schwierig ist, Visumstermine in der Botschaft zu bekommen. Das Thema adressieren wir auch mit der Work-and-Stay-Agentur. Sie sagte, dass man mit KI-Systemen den Bias, der heute in den Köpfen existiert, ausgleichen kann. Es wird manchmal so getan, als gäbe es den Bias nur in den Systemen und nicht in den Köpfen. Es ist eine riesige Chance, Bias abzubauen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes angekommen. Wir nehmen den Bericht der Bundesregierung zur Kenntnis und wir danken herzlich den Gästen, dem Staatssekretär, Frau Decker und auch Ihnen, Herr Schweizer. Vielen Dank, dass Sie da waren. Die öffentliche Sitzung ist hiermit beendet. Ich bedanke mich auch bei denjenigen, die zugeschaltet waren und sich für unsere Punkte interessiert haben.

Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme.

Schluss der Sitzung: 15:10 Uhr

Hansjörg Durz, MdB

Vorsitzender